Zentralrat der Juden in Deutschland

Aufgaben

- Aufbau von Synagogen und Gemeindezentren
  - auch heute noch verbunden mit Berufsbildung, Sprachkursen, politischer Bildung und Religionsunterricht und anderen Integrationsmaßnahmen
  - nach Gründung
- Entschädigungsgesetzgebung durch Bundesregierung
- Forschung
  - Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg
  - Ausbildung von Nachwuchskräften für jüdische Organisationen
- Förderung und Pflege religiöser und kultureller Aufgaben der jüdischen Gemeinden
  - Vertretung gemeinsamer politischer Interessen

Historie

- gegründet am 19. Juli 1950
  - von Delegierten aus den ehemaligen 4 Besatzungszonen
    - jüdische Gemeinden unter amerikanischer, britischer, französischer und sowjetischer Verwaltung
      - 15 Vertreter der Gemeinden bildeten Rat
  - zu diesem Zeitpunkt noch etwa 15 000 Juden in Deutschland
- in Frankfurt am Main (1.Sitz)
  - anschließend Düsseldorf und Bonn

Organisation

- Ratsversammlung (Gemeindevertretung)
  - oberstes Entscheidungsgremium
    - entscheidet über alle Grundsatzfragen
      - wählt 3 Mitglieder für 3 Jahre in
- Direktorium (Vertretung der Landesverbände)
  - wählt 6 Mitglieder für 3 Jahre in
- Präsidium (Exekutive)
  - wählt aus dessen 9 Mitgliedern Präsident und 2 Vizepräsidenten
    - 1954 – 1963 Heinz Galinsky
    - 1963 – 1969 Herbert Lewin
    - 1969 – 1988 Werner Nachmann
    - 1988 – 1992 Heinz Galinsky
    - 1992 – 1999 Ignatz Bubis
    - seit 2000 Paul Spiegel

Standort

- seit 1.4.1999 in Berlin, Tucholskystraße 9
  - auch Standort der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“
  - am Eingang eingemeißelter Löwenkopf
    - jüdisches Symbol für Weisheit
  - früher Hochschule der Wissenschaft des Judentums
    - nach Rabbiner Leo Baeck benannt
      - überlebte Nazizeit
      - seit 1956 Leo-Baeck-Preis
        - Menschen auszeichnen, die sich für jüdische Gemeinden in Deutschland engagiert haben (erhalten außerdem 10 000 €)
      - Vermittlung im Nahostkonflikt
        - 2004 für Bundesaußenminister Joschka Fischer